

Einmischen statt geschehen lassen!

Sozialpolitisches Diskussionspapier der Frauen

in der IG Metall

Funktionsbereich Frauen- und Gleichstellungspolitik
IG Metall Vorstand, Frankfurt

März 2005

Einmischen statt geschehen lassen

Sozialpolitisches Diskussionspapier der Frauen in der IG Metall

Dem Sozialstaat geht das Geld aus. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit und demografischer Wandel untergraben die finanzielle Basis der Sozialversicherungen. Immer mehr Menschen werden in prekäre Arbeitsverhältnisse hinein- und aus den Sozialversicherungen hinausgedrängt und immer mehr Menschenverabschieden sich wegen individueller Vorteile aus der Solidargemeinschaft. Seit Ende des vergangenen Jahrhunderts jagt eine sozialpolitische Reform die andere. Gebracht haben sie bisher wenig mehr als Leistungskürzungen und höhere Kosten für die Beitragszahlenden und Betroffenen.

Sozialpolitische Reformen können traditionelle Geschlechterrollen zementieren oder den Weg hin zu gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe ebnen. Geschlechterpolitisch neutral sind sie nie. Einige Reformen drängen Frauen mit finanziellen Anreizen oder Druck aus dem Arbeitsmarkt und legen sie auf ihre traditionelle Rolle fest. Auf diese Weise, so die Hoffnung, könne der Sozialstaat Kosten für Betreuung und Pflege sparen. Und, so die meist unausgesprochene Illusion, würden die knappen Arbeitsplätze für Männer frei. Doch das funktioniert nicht. Frauen wollen Beruf und ökonomische Unabhängigkeit.

Eine hohe Erwerbsquote von Frauen ist nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung. Das lässt sich in einigen EU-Nachbarländern beobachten. Erwerbstätige Frauen fragen professionelle Angebote zur Betreuung und zur Pflege nach. Und erwerbstätige Frauen stärken mit ihrem Einkommen die Binnennachfrage. Das schafft Arbeitsplätze und kurbelt die Wirtschaft an.

Deswegen müssen sozialpolitische Reformen die eigenständige Existenz von Frauen sichern. Der sozialpolitische Wandel ist in dieser Hinsicht nicht eindeutig. Es kristallisiert sich ein neues Verständnis von Sozialstaat mit zwiespältigen geschlechtsspezifischen Auswirkungen heraus. Der "neue Sozialstaat" lässt sich von folgenden Prinzipien leiten:

- *Fordern und Fördern*

  Sozialpolitik begründet nicht mehr das Recht auf eine bestimmte Leistung, sondern wird begriffen als gegenseitiges Nehmen und Geben zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern. In der Begrifflichkeit von Hartz IV heißt das "Fordern und Fördern", wobei das Fördern zu kurz kommt.
- *Sozialpolitik als Zukunftsinvestition*

  Sozialpolitik soll sich in Form von „qualifiziertem Humankapital“ auszahlen. Im Zentrum stehen jene Risiken, die Menschen daran hindern, erwerbstätig zu sein (z.B. Kinderbetreuung). Andere Risiken, etwa eine gesicherte Existenz im Alter, werden zunehmend privatisiert.
- *Chancen am Start, nicht im Ergebnis*

  Sozialpolitik soll nicht mehr soziale Ungleichheiten ausgleichen, sondern jedem die Chance geben, für sich selbst zu sorgen. "Der Staat kann Chancen eröffnen. ... Aber je-

de und jeder Einzelne entscheidet darüber, ob sie oder er die Chance nutzt", heißt es im Armuts- und Reichtumsbericht 2005. Aber die Chancen der gleichen Möglichkeiten sind in den vergangenen Jahren immer weiter verringert worden.

- *Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit*

  Es geht nur noch darum, Menschen in irgend eine Beschäftigung zu bringen, und seien es Ein-Euro-Jobs. Existenz sicherndes Einkommen, gute Arbeitsbedingungen, befriedigende Arbeit und Tarifautonomie bleiben häufig auf der Strecke. Niedriglöhnen sind Tür und Tor geöffnet.

Gerade für Frauen erweist sich diese Sozialpolitik als widersprüchlich:

Beschäftigungshemmnisse für Frauen als "Humankapital" sollen beseitigt werden, vor allem fehlende Betreuungsangebote. Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz soll nicht nur Frauenerwerbstätigkeit erleichtert werden, sondern auch in das „zukünftige Humankapital“ investiert werden.

Gleichzeitig werden Frauen dazu missbraucht, Niedriglöhne durchzusetzen. Hauptinstrument sind die Minijobs.

Kindererziehungszeiten werden bei der gesetzlichen Rente für Geburten ab 1992 stärker berücksichtigt. Doch gleichzeitig bleibt die Alterssicherung zunehmend privater Vorsorge überlassen. Frauen verdienen weniger Geld als Männer und können daher schlechter betrieblich oder privat vorsorgen.

Das Alleinverdienermodell bleibt als Leitbild erhalten. Das zeigt sich allein bei langzeitarbeitslosen Frauen, deren Partner über ein Existenz sicherndes Einkommen verfügt. Auch bei der Pflege haben häusliche Arrangements zu Lasten der Frauen Vorrang. Da professionelle Pflege für viele nicht bezahlbar ist, werden Frauen aufgrund ihrer Pflegearbeit aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängt.

Getrieben vom Diktat niedriger Lohnnebenkosten und leerer öffentlicher Kassen wird der Sozialstaat zurechtgestutzt – einerseits. Andererseits gibt es aber auch Ansatzpunkte für Reformen, die Frauen das Leben erleichtern wie der Ausbau der Kinderbetreuung.

Frauen in der IG Metall wollen auf den Wandel des Sozialstaats Einfluss nehmen. Wir haben Positionen, Forderungen und Fragen in wichtigen sozialpolitischen Handlungsfeldern beschrieben, um sie innerhalb und außerhalb der IG Metall zu diskutieren. Wir haben uns dabei auf vier Handlungsfelder konzentriert:

- Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Die Alterssicherung
- Die Bürgerversicherung
- Die Gesundheitspolitik

Mit dem sozialpolitischen Diskussionspapier unterbreiten wir auch Arbeitnehmerinnen, die noch nicht Mitglied der IG Metall sind, ein Angebot, mit uns zu diskutieren und sich mit uns zu engagieren. Es steht viel auf der Agenda: Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirt-

schaft muss durchgesetzt und ein effektives Antidiskriminierungsgesetz verabschiedet werden!

Familienfreundliche Betriebe statt beschäftigungsfreundlicher Familien

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Das traditionelle Familienmodell mit einem alleinverdienenden Vater und einer nicht erwerbstätigen Hausfrau und Mutter hat ausgedient. Heute wachsen 60 Prozent der Kinder mit zwei erwerbstätigen Elternteilen auf. Dennoch ist es in der Regel die Frau, die ihre Erwerbstätigkeit einschränkt oder aufgibt, wenn das Betreuungsnetzwerk reißt, wenn kranke oder demente Angehörige zu pflegen sind. Denn die öffentlichen Betreuungs- und Pflegeangebote reichen bei weitem nicht aus. Die Frau verdient in der Regel weniger als der Mann, so dass die Entscheidung für die traditionelle Rollenteilung handfeste materielle Gründe hat, aber auch diese Aufgaben wie selbstverständlich den Frauen zugeschrieben werden.

In den alten Bundesländern halten sich hartnäckig starke Vorbehalte gegenüber außerhäuslicher Betreuung von Kleinkindern und gegenüber Ganztagsschulen. Das Vorurteil "Rabenmutter" ist tief verwurzelt. Die meisten Gemeinderäte finanzieren nach wie vor lieber den neuen Sportplatz als eine Kinderkrippe, weil die Kleinen doch am besten bei der Mutter aufgehoben seien.

Für das alte Thema "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" haben Frauen neue Mitstreiter gefunden: Immer mehr Väter wollen mehr sein, als Zahlmeister oder Praktikant in der Familie. Der gesamte Lebenszusammenhang der Beschäftigten muss ins Blickfeld rücken. Denn je flexibler die Arbeitszeiten, desto schwieriger ist es, den Beruf mit persönlichen Beziehungen, sozialen oder kulturellen Interessen, Ehrenämtern oder Hobbys in Einklang zu bringen.

Ziel gewerkschaftlicher Frauenpolitik kann nicht eine Betreuung sein, die sich flexibel nur an betriebliche Belange anpasst. Leitbild ist nicht die beschäftigungsfreundliche Familie, sondern der familienfreundliche Betrieb.

Eine gute *Kinderbetreuung* ist die Grundvoraussetzung für erwerbstätige Eltern. Deshalb fordern Frauen in der IG Metall:

- eine gesetzlich garantierte Betreuung für Kinder von null bis zwölf Jahren mit einem qualitätsgesicherten und pädagogisch sinnvollen Angebot,
- die Möglichkeit, Betreuungseinrichtungen zwischen 6 und 20 Uhr flexibel zu nutzen,
- die gesetzliche Verpflichtung der Betriebe, die Betreuung zu unterstützen, etwa durch Betriebs-Kitas, die Finanzierung kommunaler Plätze, eine Notfall- oder Ferienbetreuung.

Der Ausstieg aus der Erwerbsarbeit in der dreijährigen *Elternzeit* als erweist sich zunehmend als Falle. In drei Jahren wird berufliches Wissen stetig entwertet. Immer mehr Frauen landen

am Ende der Elternzeit in der Arbeitslosigkeit. Nicht nur, weil ihr Arbeitsplatz abgebaut wurde, sondern auch, weil ihnen inakzeptable Beschäftigungsangebote unterbreitet oder ihr Antrag auf Teilzeit abgelehnt wurde. Nur wenige entscheiden sich freiwillig für diesen Weg. Deswegen fordern Frauen in der IG Metall:

- Das Erziehungsgeld muss als Entgeltersatz statt Festbetrag ausgestattet werden und die Elternzeit sollte verkürzt werden. Parallel dazu müssen gesicherte öffentliche Betreuungsangebote gewährleisten, dass Frauen nicht noch früher in die "Elternzeit-Falle" tappen.
    - Väter müssen einen "Vaterschutz" von zwei Wochen nach der Geburt ihres Kindes und einen individuellen und ausschließlichen Anspruch auf Elternzeit erhalten.
    - Betriebe müssen dazu verpflichtet werden, Beschäftigten in der Elternzeit Vertretungen, Qualifizierungen und attraktive Teilzeit anzubieten.
    - Teilzeit und Kinderbetreuung sollen im Betrieb als Einheit betrachtet und geregelt werden.

Der Druck der Arbeitgeber, *Arbeitszeiten* zu verlängern, steht dem Anspruch von Frauen wie Männern entgegen, Beruf und Familie in Einklang zu bringen. Soziale Aufgaben, wie Erziehung, Pflege und Ehrenämter, müssen in die Gestaltung der Arbeitszeit eingehen. Diskutiert werden muss auch, wie die Arbeitszeit von Vätern gedeckelt werden kann. Väter kleiner Kinder arbeiten durchschnittlich 44 Stunden pro Woche, empfinden das selbst als zu lang und würden gerne ihre tatsächliche Arbeitszeit reduzieren. Frauen in der IG Metall fordern:

- flexible Arbeitszeiten an individuellen Bedürfnissen zu orientieren,
- ein garantiertes Rückkehrrecht zur Vollzeit im Teilzeit- und Befristungsgesetz zu verankern,
- keine Wochenendarbeit zuzulassen.

Immer mehr alte, kranke und demente Personen brauchen *Pflege*. Diese Aufgabe wird weiterhin Ehefrauen, Töchtern oder Schwiegertöchtern zugeschrieben. Die Rahmenbedingungen sind trotz Pflegeversicherung schlecht, so dass sich viele für häusliche Arrangements entscheiden müssen. Das Pflegegeld ist für viele Frauen attraktiver als ein Minijob und dient als Strategie, um Frauen aus dem Arbeitsmarkt zu drängen. Unterstellt wird, dass Frauen qua Geschlecht gut pflegen können. Dies wiederum stellt die Professionalität ausgebildeter Pflegerinnen und Pfleger in Frage.
Deswegen fordern Frauen in der IG Metall:

- den Ausbau der institutionellen und professionellen Pflege,
- einen Rechtsanspruch auf Teilzeit zur Pflege. Eine Freistellung analog zur Elternzeit lehnen wir ab wegen der Gefahr, da hierdurch das klassische Rollenverhalten gefestigt und Frauen aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden,

- betriebliche, tarifvertragliche oder gesetzliche Regelungen, um die kurzfristige Übernahme familiärer Aufgaben zu erleichtern.

Eigenständige Alterssicherung für Frauen

Alterssicherung

Alle Länder in der EU haben das gleiche Problem. Immer mehr ältere Menschen stehen immer weniger jüngeren gegenüber. Das gefährdet langfristig die gesetzliche Alterssicherung. Deutschland hat mit einem weiteren Finanzierungsproblem zu kämpfen. Wegen Massenarbeitslosigkeit und des Rückgangs sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung nimmt die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) weniger Beiträge ein.
Die gesetzliche Rentenversicherung wurde in den vergangenen Jahren mehrfach reformiert. Vorrangiges Ziel aller Reformbemühungen war der Erhalt eines stabilen Beitragssatzes. Trotz der Verbesserung der Anrechung für Kindererziehungszeiten erhalten Frauen jedoch weiterhin geringere Renten und sind durch Rentenkürzungen besonders betroffen.
Die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung werden zu Gunsten privater Vorsorge immer weiter zurück gefahren. Dieser Weg ist für viele Frauen jedoch nicht gangbar. Da sie aufgrund häufigerer Teilzeitbeschäftigungen und grundsätzlicher Lohndiskriminierung weniger verdienen, stehen ihnen die finanziellen Mittel zum Abschluss privater Alterssicherungsverträge nicht zur Verfügung. Aufgrund ihrer statistisch längeren Lebenserwartung müssen sie zusätzlich auch höhere Beiträge leisten.

In der *gesetzlichen Rentenversicherung* muss der soziale Ausgleich verbessert werden. Frauen in der IG Metall fordern:

- Schulische Ausbildungszeiten müssen wieder im Umfang von drei Jahren berücksichtigt werden. Deren Streichung trifft Frauen härter als Männer, denn sie haben häufiger eine schulische Ausbildung absolviert.
- Ab dem 1. Januar 1992 geborene Kinder werden bei der Rente stärker berücksichtigt: Mit längeren Kindererziehungszeiten und mit einem Ausgleich geringer Beitragszahlung aufgrund von familiär bedingter Teilzeit. Dieser Stichtag ist willkürlich und muss fallen.
- Ein obligatorisches Rentensplitting, bei dem die Anwartschaften zwischen beiden Eheleuten geteilt werden, soll langfristig die Witwen- und Witwerrente ersetzen.
- Geringe Renten von langjährig Versicherten müssen im Rentensystem ausgeglichen werden, nicht im Sozialhilfesystem.

Diskutiert werden könnte eine differenzierte Altersgrenze wie in Frankreich. Dort gehen Berufsgruppen mit statistisch geringerer Lebenserwartung früher in Rente, Berufsgruppen mit statistisch höherer Lebenserwartung später. Die Konsequenzen für Frauen müssen entlang der Kategorien Belastung, Beruf und Biografie abgewogen werden.

Die klassische Betriebsrente als Leistungszusage des Arbeitgebers existiert praktisch nicht mehr und ist – realistisch gesehen –auch nicht wiederzubeleben. Allenfalls gibt es Beitragszusagen. Zumeist wird eine *betriebliche Alterssicherung* nur noch als Entgeltumwandlung angeboten, an deren Finanzierung sich der Arbeitgeber in der Regel nicht beteiligt. Frauen in der IG Metall fordern:

- Wer vor dem 30. Lebensjahr oder mit weniger als fünfjähriger Zugehörigkeit aus dem Betrieb ausscheidet, verliert derzeit den Anspruch auf Betriebsrente. Diese Hürde muss fallen.
- Der Arbeitgeber muss sich an der Entgeltumwandlung finanziell beteiligen. Das wird am besten tarifvertraglich gesichert.
- Bei gering Verdienenden muss die Entgeltumwandlung gesetzlich gefördert und damit bezahlbar gemacht werden.
- Die IG Metall und ihre Betriebsräte dürfen nur solchen Verträgen zur Entgeltumwandlung zustimmen, die gleiche Beiträge für Männer und Frauen vorsehen ("Unisex"). Die betriebliche Alterssicherung kompensiert die gesetzliche Rente, ist steuerlich begünstigt und darf daher Frauen nicht benachteiligen.
- Wünschenswert wäre es, Kindererziehungszeiten wie in der GRV stärker zu werten. Dies muss staatlich gefördert werden.

Die MetallRente hat Vorteile gegenüber anderen Angeboten. Sie hat geringe Verwaltungskosten und steht auch Beschäftigten kleiner Betriebe offen. Allerdings gibt es keine Unisex-Tarife. Das muss geändert werden!

Die Riester-Rente, die staatlich geförderte *private Altersvorsorge*, hat sich als Flop erwiesen. Deshalb fordern Frauen in der IG Metall:

- Die staatliche Förderung muss komplett in die betriebliche Alterssicherung fließen.
- Verträge zur privaten Altersvorsorge in den neuen Ländern, die im Nach-Wende-Aufschwung aber vor Einführung der Riester-Rente abgeschlossen wurden, müssen gesetzlich gefördert werden.

Eine für alle – alle in eine

Bürgerversicherung

Auch bei den gesetzlichen Krankenkassen gehen die Beitragseinnahmen zurück. Gründe sind auch hier die Massenarbeitslosigkeit und der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Zudem wechseln viele gut Verdienende in die private Krankenversicherung. Da die Privaten Krankenversicherungen Menschen mit schwer wiegenden Risikofaktoren oder bereits bestehenden Krankheiten nicht aufnehmen müssen, verbleiben in der Gesetzlichen Krankenkasse alle Risiken. Die Privaten profitieren von jüngeren und gesünderen Ver-

sicherten. Durch die kostenlose Familienversicherung bleiben Familien in der Gesetzlichen Krankenversicherung, Singles wechseln in die Private.
Um die Einnahmen der GKV zu stabilisieren, werden zwei Alternativen diskutiert: Die Bürgerversicherung und die Kopfpauschale der CDU/ CSU. Die Kopfpauschale lehnen Frauen in der IG Metall als unsozial ab. Die Bürgerversicherung ist hingegen der Weg zu einer solidarischen Finanzierung der Krankenversicherung: Alle Personengruppen, nicht nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch Beamte, Selbständige oder Höherverdienende, zahlen ein. Neben Erwerbseinkommen werden auch andere Einkommensarten, etwa Zinsen, Mieten oder Pacht berücksichtigt.
Allerdings muss die konkrete Gestaltung der Bürgerversicherung eingehend diskutiert werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass gering Verdienende benachteiligt und die traditionelle Alleinverdienerfamilie begünstigt wird. Deshalb haben Frauen in der IG Metall Fragen und Anforderungen an die Bürgerversicherung formuliert:

- Die Bürgerversicherung funktioniert nur als allgemeine Pflichtversicherung. Auch die heute privat Versicherten müssen Mitglied werden.
- Gering Verdienende dürfen nicht zusätzlich belastet werden.
- Jedes Erwerbseinkommen soll eine eigenständige Versicherung begründen.
- Die Alleinverdienerehe darf nicht weiter durch die kostenfreie Mitversicherung der nicht erwerbstätigen Ehefrau bevorzugt werden. Eine Lösung ist das negative Ehegattensplitting (nicht zu verwechseln mit dem steuerlichen Ehegattensplitting). Dabei wird das gesamte Einkommen auf beide Ehepartner aufgeteilt und getrennt mit Beiträgen belegt.
- Die Beitragsbemessungsgrenze muss erhöht werden. Auch getrennte Bemessungsgrenzen für Erwerbseinkommen und andere Einkommensarten werden diskutiert, die separat mit Beiträgen belegt werden könnten.
- Kinder sollten in der Bürgerversicherung beitragsfrei mitversichert bleiben. Allerdings dürfen Kinderlose nicht diskriminiert werden, etwa durch einen Beitragsaufschlag wie in der Pflegeversicherung.

Die Bürgerversicherung soll die Einnahmen der Krankenversicherung stabilisieren. Sie muss verknüpft werden mit einer geschlechtergerechten Gesundheitspolitik, die auch die Gesundheitsausgaben senken würde.

Gesunde Basis für beide Geschlechter schaffen

Gesundheitspolitik für Frauen

Maßstab im deutschen Gesundheitswesen, auch im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz, ist "der Mann in den besten Jahren". An dieser Personengruppe werden Krankheiten erforscht und Arzneimittel getestet, ihre Symptome füllen die Lehrbücher. Die Konsequenz für Frauen: Krankheiten werden zu spät oder gar nicht erkannt, weil wie beim Herzinfarkt die

für Frauen typischen Symptome in der Ausbildung nicht gelehrt werden. Frauen erhalten das falsche Medikament oder die falsche Dosis, bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen zum Beispiel weniger wirksame Medikamente und minderwertige Herzklappen.
In der *Gesundheitspolitik* im allgemeinen, im betrieblichen *Arbeits- und Gesundheitsschutz* im besonderen müssen die Lebensbedingungen beider Geschlechter bedacht werden. Nur dann ist eine effektive und zielgenaue Behandlung möglich. Deswegen fordern Frauen in der IG Metall:

- geschlechtsspezifische medizinische Forschung, insbesondere frauenspezifische betriebliche oder branchenweite Forschungsprojekte müssen verstärkt und dabei sowohl frauentypische, als auch männerdominierte Berufe einbezogen werden.
- Geschlechtsspezifische Unterschiede, zum Beispiel bei Krankheitsbilden, Krankheitsverläufen und Therapie, müssen in die Ausbildung der Gesundheitsberufe einfließen.

Generell müssen die Arbeitsbedingungen so gestaltet sein, dass Arbeit Spaß und nicht krank macht. Das ist die beste Prävention. Zusätzlich müssen

- im Arbeits- und Gesundheitsschutz alle Belastungen – psychische wie körperliche – gleichwertig in den Blick genommen werden,
- bei Gefährdungsanalysen die unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und Männer erfasst werden,
- Frauen sich stärker in den Arbeits- und Gesundheitsschutz als Handlungsfeld der IG Metall einmischen.
- Metallerinnen sich im Arbeits- und Gesundheitsschutz vernetzen und sich in vorhandene Frauengesundheitsgremien von Kommunen und Ländern einklinken.

Nach dem geplanten *Präventionsgesetz* zahlen die Gesetzliche Krankenversicherung, die Gesetzliche Rentenversicherung, die gesetzlichen Unfallversicherungen und die soziale Pflegeversicherung in einen gemeinsamen Fonds ein, aus dem Präventionsprojekte finanziert werden. Frauen in der IG Metall fordern, dass bei den Präventionsprojekten von der Antragstellung bis zur Evaluierung auf geschlechtsspezifische Fragestellungen geachtet wird. Außerdem darf das Präventionsgesetz nicht dazu missbraucht werden, Aktivitäten der Arbeitgeber, der Kommunen und Länder zu finanzieren, die diese auch ohne Präventionsgesetz leisten müssen. Vor allem fordern Frauen in der IG Metall

- dass die PKV an der Finanzierung beteiligt wird. Schließlich profitieren auch deren Versicherte von präventiven Aktivitäten.

Einmischen statt geschehen lassen

Ausblick

Der Sozialstaat ist in einem tiefgreifenden Wandel begriffen, der mit großen Risiken, aber auch mit Chancen verbunden ist. Frauen sollten diesen Prozess nicht einfach geschehen lassen, sondern sich einmischen. Jetzt haben wir die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen!

Wir können dafür sorgen, dass die sozialen Sicherungssysteme die Chancen von Frauen auf eine eigenständige Existenz fördern: Mit oder ohne Kind, mit Mann oder Frau oder solo. Diese höchst persönlichen Entscheidungen dürfen nicht von ökonomischen Abhängigkeiten oder Zwängen bestimmt werden.

Wir müssen aber auch verhindern, dass der Sozialstaat weiter gefleddert wird und Frauen diesen Abbau ausbaden müssen. Es besteht die Gefahr, dass ihnen verstärkt sozialstaatliche Aufgaben, etwa Pflege oder Betreuung von Kindern, zur privaten Erledigung zugewiesen werden. Und es besteht die Gefahr, dass ihr Platz in der Gesellschaft weiterhin in Abhängigkeit von einem männlichen Versorger definiert wird. Armut darf sich in unserer Gesellschaft nicht weiter ausbreiten.

Eine verbindliche Frauenquote für alle Gremien der Sozialversicherung bleibt weiter aktuell. Nur wenn wir in den Entscheidungsgremien sitzen, können wir mitbestimmen.

Frauen sollen sich einmischen, um die Zukunft des Sozialstaats zu gestalten. Die IG Metall als Interessenvertretung erwerbstätiger Frauen lädt sie dazu ein. Hier lassen sich alle sozialpolitischen Aktivitäten bündeln. Hier können wir auch Strategien zur Durchsetzung unserer Forderungen entwickeln.

Die Gelegenheit, mehr Frauen für die Kandidatur in den Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherungen zu gewinnen, ist für die Sozialwahl 2005 weitgehend ungenutzt verstrichen. Doch 2006 sind Betriebsratswahlen, eine Chance für Frauen zu kandidieren und sich in alle Politikfelder einzumischen.

Nutzen wir sie!